

LRH / Initiativprüfung / Rechnungsabschluss 2009 /

LRH prüfte den Rechnungsabschluss 2009 des Landes OÖ und analysierte dabei intensiv die finanzielle Lage

Der RA 2009 des Landes OÖ vermittelt im Wesentlichen ein korrektes Bild über die Haushalts- und Finanzsituation des Landes. Allerdings fehlen in der Haushaltsrechnung 2009 im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs fällige Ausgaben von 18 bis 19 Mio. Euro.

Generell ortet der LRH 2009 eine nachhaltige Verschlechterung der Haushaltssituation. Dies ist auf den krisenbedingten Einbruch bei den Einnahmen aus den Bundesabgaben-Ertragsanteilen, aber auch auf die gestiegenen Ausgaben zurück zu führen.

Haushaltsausgleich nur durch Rücklagen und Neuverschuldung erreicht

Bei Einnahmen und Ausgaben von jeweils 4.931,4 Mio. Euro ist die Haushaltsrechnung 2009 ausgeglichen. Für dieses Ergebnis waren aber 491,3 Mio. Euro aus Rücklagen und Kreditaufnahmen nötig. Dieser Finanzbedarf zum Haushaltsausgleich war um 358 Mio. Euro höher als im RA des Vorjahres und lag um 167,6 Mio. Euro über dem Voranschlag des laufenden Jahres.

"Der hohe Finanzbedarf bedeutet, dass bereits jeder zehnte Euro, der im Landeshaushalt ausgegeben wurde, aus Rücklagen oder Kreditaufnahmen finanziert werden musste", erklärt LRH-Direktor Dr. Brückner. Weiters ist zu berücksichtigen, dass auch die Schulden aus Investitionen im Haushalt und in den ausgegliederten Gesellschaften um 132 Mio. Euro auf 925,1 Mio. Euro gestiegen sind.

Land hat Finanzproblem in der laufenden Gebarung

Aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise musste das Land bei den Bundesabgaben-Ertragsanteilen und sonstigen Einnahmen aus dem Finanzausgleich im Jahr 2009 einen Einnahmerückgang um 165,4 Mio. Euro verkraften. Dieser Einnahmefall in der laufenden Gebarung konnte durch Mehreinnahmen in anderen Bereichen zwar größtenteils kompensiert werden, sodass die laufenden Einnahmen in Summe nur um 4,8 Mio. Euro bzw. 0,1 Prozent rückläufig waren.

Die laufenden Ausgaben stiegen jedoch 2008/2009 um 240,2 Mio. Euro bzw. 6,7 Prozent an. Durch diese Entwicklung hat sich der jährliche Überschuss aus der laufenden Gebarung auf 254 Mio. Euro nahezu halbiert. Vom positiven Ergebnis waren

Nummer 188 vom 18. Juni 2010

aber höchstens 35,7 Mio. Euro tatsächlich frei verfügbar, da ein Großteil der überschüssigen Mittel auf Bedarfszuweisungen der Gemeinden entfiel oder durch Finanzierungserfordernisse für ausgegliederte Gesellschaften gebunden war.

"Diese extrem niedrige "freie Finanzspitze" bedeutet, dass das Land 2009 nicht einmal ein Prozent der laufenden Einnahmen für Investitionen, Investitionsförderungen, Darlehensgewährungen oder andere vermögensrelevante Maßnahmen aus der laufenden Gebarung erwirtschaftete", betont Dr. Brückner.

Der LRH beurteilte die Haushaltsentwicklung in der laufenden Gebarung kritisch. Will das Land wieder einen leistungsfähigen Haushalt erreichen, muss der Haushalt durch die eingeleitete Verwaltungsreform konsolidiert und die laufende Gebarung jährlich um 400 bis 500 Mio. Euro entlastet werden.

Rücklagen bald aufgebraucht

Kritisch sah der LRH auch die Entwicklung der Rücklagen. Immerhin ging die aus Vermögensveräußerungen aufgebaute Haushaltsrücklage 2009 von 702,6 Mio. Euro auf 264,8 Mio. Euro zurück. Diese frei verfügbare Rücklage wird großteils 2010 zur Finanzierung des Haushaltes benötigt. Die Möglichkeiten zum Verkauf weiteren Vermögens zum Aufbau neuer Rücklagen sind inzwischen sehr eingeschränkt.

Das strukturelle Haushaltsproblem von zu hohen Ausgaben bei zu niedrigen Einnahmen hat sich durch die Finanz- und Wirtschaftskrise verschärft und ist bislang ungelöst. Wenn das Land in Zukunft die Neuverschuldung gering halten will, muss die Haushaltskonsolidierung gelingen.

Verschuldung weiter gestiegen

Um höher verzinsten Geldveranlagungen (480 Mio. Euro aus Rücklagen und vorzeitigen Rückflüssen für verkaufte Wohnbauförderungsdarlehen) nicht auflösen zu müssen, nahm das Land 2009 erstmals seit 2002 auch wieder im Landeshaushalt Finanzschulden von 92 Mio. Euro auf.

Der LRH hielt diese Fremdmittelaufnahme in Anbetracht des hohen Finanzbedarfes zum Haushaltsausgleich noch für gering. Jedoch ist zu berücksichtigen, dass das Land bereits seit Jahren für Investitionen diverse Sonderfinanzierungen im Haushalt (z. B. für Ordenskrankenhäuser, Landesdienstleistungszentrum, Straßenbauten) oder Fremdfinanzierungen in den ausgegliederten Gesellschaften (gespag, LIG, Thermenholding, MTG) tätigt, die in Zukunft den Landeshaushalt belasten werden. Diese schuldrechtlichen Verpflichtungen stiegen 2009 um 132 Mio. Euro auf 925,1 Mio. Euro.

Großer Handlungsbedarf im Verkehrsressort

Aufgrund aktueller Diskussionen untersuchte der LRH den Budgetvollzug im Verkehrsressort und konzentrierte sich dabei auf den öffentlichen Nahverkehr. Er stellte fest, dass einerseits das ursprüngliche Budget aufgrund einer politischen Ressortvereinbarung für den Zeitraum 2005 bis 2009 ohne Erhöhungen fixiert und andererseits der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs vom Oö. Landtag bzw. der Oö. Landesregierung beschlossen wurde. Dabei ist es nicht gelungen, das realisierte Leistungsangebot mit dem ursprünglichen Budget in Einklang zu bringen. Der erfolgte Ausbau des Leistungsangebotes hatte insbesondere durch die Umsetzung geplanter Regionalverkehrskonzepte zur Folge, dass seit 2007 der Oö. Landtag jährlich hohe zusätzliche Mittel bereitstellen musste und dabei noch fällige Ausgaben auf das Folgejahr verschoben wurden.

Im gesamten Verkehrsressort standen 2009 ursprünglich 77,2 Mio. Euro an Budgetmitteln zur Verfügung. Durch die vom Oö. Landtag bereitgestellten Nachtragsmittel (31 Mio. Euro) und zusätzlichen Bedeckungsmöglichkeiten erhöhten sich die Ausgaben im RA 2009 auf 114,9 Mio. Euro. Davon betrafen 111,5 Mio. Euro den öffentlichen Nahverkehr und 3,4 Mio. Euro die Verkehrssicherheit. Mangels Bedeckung wurden im öffentlichen Nahverkehr weitere fällige Ausgaben von 18 bis 19 Mio. Euro auf das Folgejahr verschoben, ohne dies im RA 2009 auszuweisen.

"Für den LRH steht fest, dass der provisorische Voranschlagsbetrag 2010 (84 Mio. Euro inkl. Verkehrssicherheit) nicht reichen wird, um diese Altlasten aus dem Vorjahr (18 bis 19 Mio. Euro) abzudecken und das bestehende Leistungsangebot weiter zu finanzieren", betont LRH-Direktor Dr. Brückner. Inklusive den Altlasten sind voraussichtlich 59 Mio. Euro nötig, da aufgrund der vertraglichen Bindungen unterjährig keine großen Einsparungen möglich und die Altlasten abzudecken sind.

Von den 2009 im öffentlichen Nahverkehr verbuchten Ausgaben (111,5 Mio. Euro) stützen sich 32,9 Mio. Euro auf Beschlüsse des Oö. Landtags, 78,4 Mio. Euro auf Beschlüsse der Oö. Landesregierung und 0,2 Mio. Euro auf Referentenentscheidungen. Die beschlussmäßigen Entscheidungen der Oö. Landesregierung wurden vom zuständigen Referenten beantragt, obwohl entgegen den haushaltsrechtlichen Vorgaben im Voranschlag oft keine Bedeckung vorhanden war. Dieser Mangel wurde erst durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel im Nachtragsvoranschlag saniert.

Für den LRH sind Regierungsbeschlüsse ohne Deckung im laufenden Budget problematisch, da die Oö. Landesregierung haushaltsrechtlich nur zur Ausführung des Voranschlages ermächtigt ist. In Hinkunft sollte daher sichergestellt werden, dass die Oö. Landesregierung nachweislich über die finanzielle Bedeckung von eingebrachten Anträgen ausreichend informiert wird.

"Aus der Sicht des LRH wurde bei der jährlichen Bemessung des Budgets und dem tatsächlichen Vollzug gegen die haushaltsrechtlichen Grundsätze und Vorschriften verstoßen", stellte der LRH Direktor fest. Da die Leistungsverträge im öffentlichen Verkehr üblichen Indexanpassungen unterliegen, wäre das vereinbarte Budget nur

durch Leistungskürzungen oder Effizienzsteigerungen einzuhalten gewesen, nicht aber mit der Realisierung neuer Regionalverkehrskonzepte und Ausweitung des Leistungsangebotes im Rahmen des Oö. Gesamtverkehrskonzeptes 2008.

Derzeit werden im öffentlichen Nahverkehr alle Leistungen evaluiert und mögliche Effizienzsteigerungen ausgelotet. "Nach Abschluss dieser Evaluierungsphase sollte der Oö. Landtag in einer Grundsatzentscheidung die Weichen für das zukünftige Leistungsangebot neu festlegen und diesbezüglich das Gesamtverkehrskonzept 2008 in Übereinstimmung mit den budgetären Möglichkeiten überdenken", rät der LRH-Direktor.

Weitere Informationen unter <http://www.lrh-ooe.at>.

Rückfragen an Martin Mühlbacher (+43 732) 7720 – 140 88 oder
mobil 0664 / 6007214088